



Konferenzstress: In der Nacht zum Samstag wurden viele Delegierte nach stundenlangen Debatten vom Schlaf übermannt.



Der Klimagipfel ist zu Ende. Die Weltkugel im Konferenzgebäude wird abtransportiert.

Keystone/Reuters

Galgenhumor»

ungemütlich werden. Beispielsweise auf Südseeinseln wie Tuvalu, das wegen des Meeresspiegelanstiegs zu versinken droht.

Verläuft der Klimawandel im Moment nicht eher langsamer als prognostiziert?

Der zurzeit etwas gebremste Anstieg der globalen Temperatur ist auf kurzfristige natürliche Schwankungen des Klimasystems zurückzuführen und bedeutet leider keine Entwarnung. Im Gegenteil: Die weltweiten CO₂-Emissionen sind in den letzten Jahren stärker angestiegen als im UNO-Klimabericht von 2007 angenommen. Der Anstieg des Meeresspiegels, die Erwärmung der Ozeane, das sommerliche Abschmelzen des arktischen Meereises bewegen sich an den obersten Grenzen der Erwartungen.

Glauben Sie, dass man sich 2010 an der Klimakonferenz von Mexiko doch noch auf verbindlichere Klimaziele einigen wird?

Ich bin sehr skeptisch, ob uns die globale Politik weiterbringen wird. Kopenhagen hat gezeigt, dass es schwierig bis unmöglich ist, die Interessen von

Industrieländern sowie von Entwicklungs- und Schwellenländern auf einen Nenner zu bringen. Aufstrebende Nationen wie China oder Brasilien empfinden Klimaschutz als von Europa und den USA verordnetes Abbremmen ihrer wirtschaftlichen Aufholjagd. Die alten Industrieländer befürchten wirtschaftliche Konkurrenz Nachteile, wenn sie klimapolitisch vorangehen. Ein praktisch unlösbares Dilemma. Dass sich die USA und China jetzt zu freiwilligen Massnahmen verpflichten, tönt wie unfreiwilliger Galgenhumor.

Rein moralisch...

... stehen meiner Meinung nach die alten Industrieländer klar in der Pflicht. Unser Wohlstand beruht auf jahrzehntelangem Ausstoss von Treibhausgasen. Deshalb müsste der Westen mit sehr ambitionierten Reduktionszielen Zeichen setzen. Aber selbst wenn – es gibt noch andere Problemfälle. Russland etwa.

Warum Russland?

Die Russen haben das noch bis Ende 2012 geltende Kyoto-Protokoll nur unterzeichnet, weil durch den Zusammenbruch des

Ostblocks ihre CO₂-Emissionen massiv gesunken sind. Sie können deshalb ihren Treibhausgasausstoss gegenüber heute steigern und gleichzeitig Emissionszertifikate verkaufen. Nie würden sie ein Abkommen unterzeichnen, das diese Rechnung nicht mehr enthält.

Wenn die globale Klimapolitik jetzt nicht mehr weiterkommt, ist der Klimaschutz am Ende?

Nein. Das wäre für viele Länder auch wirtschaftlich keine Option mehr. Nehmen wir Spanien, das nicht den Ruf eines Klimaschutzvorbildes hat, aber in den letzten Jahren systematisch auf Windenergie gesetzt hat und so heute einen substanziellen Teil seiner Stromversorgung sicherstellt. Das Zeitalter billigen Erdöls wird – Klimaschutz hin oder her – einmal vorbeisein. Dann wird ein Land, das Energie ohne Treibhausgas-Emissionen gewinnt, enorme Wettbewerbsvorteile haben. Ich denke, dass in nächster Zeit eher wirtschaftlicher Druck den Klimaschutz voranbringt als von der Weltpolitik von oben verordnete Ziele.

INTERVIEW: JÜRIG STEINER

An der Schweizer Klimapolitik scheiden sich die Geister

Parteien und Organisationen sind sich einig, dass das Klimaproblem nur international zu lösen ist. Darüber, welche Schritte die Schweiz von sich aus unternehmen sollte, gehen die Meinungen auseinander.

Die einzelnen Staaten seien nun gefordert, dass mindestens der beschlossene Minimalkonsens eingehalten werde, schreibt die SP in einer Mitteilung. Für die Schweiz fordert die Partei eine Absenkung des CO₂-Ausstosses um mindestens 30 Prozent bis 2020. Die SP setzt dabei auf ihre Initiative «Neue Arbeitsplätze dank erneuerbaren Energien», die sie Anfang nächstes Jahr lancieren will.

Auch die FDP bedauert, dass in Kopenhagen keine verbindlichen Ziele festgelegt werden konnten. In Bezug auf die Schweiz spricht sich die Partei für eine CO₂-Reduktion um 20 Prozent aus, allerdings nur im Zusammenhang mit einem internationalen Abkommen, wie sie in einer Mitteilung schreibt.

Das Klimaproblem könne nur in internationaler Kooperation gelöst werden.

Dort sieht auch die CVP das Problem: Ein anderes Resultat sei in Kopenhagen nicht zu erwarten gewesen, wenn sich die USA und China nicht einigen könnten, sagte CVP-Sprecherin Alexandra Perina-Werz

Reduktionsziel verdoppeln

«Extreme» Enttäuschung herrscht bei den Grünen, wie Parteipräsident Ueli Leuenberger auf Anfrage sagte. Die Partei stellt nun hohe Forderungen: Statt wie vom Bundesrat geplant eine Senkung des CO₂-Ausstosses um 20 Prozent, müsse die Schweiz 40 Prozent erreichen. Im Unterschied zu den Ländern des Südens habe die Schweiz das Geld und die Technologie, beim Klimaschutz voranzugehen.

Dies sieht SVP-Präsident Toni Brunner anders: Die wichtigsten Verursacher wie die USA, China oder Indien hätten ihren Beitrag nicht geleistet, sagte er auf Anfrage. Nun dürfe auch die Schweiz «nicht reinschiessen». «Wenn wir einseitig unsere Wirtschaft und den Verkehr belas-

ten, verteuert dies die Binnenwirtschaft gegenüber dem Ausland.»

Auch der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse steht auf die Bremse: Die Schweiz müsse wie bisher auf die bewährten Instrumente setzen und in Abstimmung mit dem Ausland handeln, forderte Urs Näf, Klimaspezialist bei Economiesuisse. Die Forderung, bis 2020 den CO₂-Ausstoss allein im Inland um 30 Prozent zu senken, sei zu extrem.

Greenpeace Schweiz kritisiert, dass ohne definierte Massnahmen das Ziel, die Erderwärmung auf höchstens 2 Grad zu begrenzen, wertlos sei. Die Schweiz müsse ihre CO₂-Emissionen um 40 Prozent reduzieren, schreibt Greenpeace in einer Mitteilung. In Zürich liessen Vertreter der Organisation am Wochenende die Sirenen heulen. Ein Dutzend Aktivisten zogen über das Limmatquai und die Bahnhofstrasse. Sie trugen ein Transparent mit der Aufschrift «Kopenhagen gescheitert – Alarm für das Klima» mit sich.

SDA

www.klima.bernerzeitung.ch
Resultate, Analysen und Hintergründe

ANZEIGE

BREITLING
1884

SUPEROCEAN HÉRITAGE

BLÄUER
PASSION FOR WATCHES AND JEWELLERY

WWW.BREITLING.COM